



MMV 10 / 2411

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 05 - Kultusminister

- Drucksache 10/4600 und 10/4826

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter Abgeordneter Frey (SPD)

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 und der Entwurf des Einzelplans 05 werden mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

MMV10/2411

I. Beratungsverfahren

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 (Drucksache 10/4600) mit der Ergänzung (Drucksache 10/4826), § 20 des Entwurfes des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1990 (Drucksache 10/4602) - Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen - und den Entwurf des Einzelplans 05, mit Ausnahme des Kapitels 05 810 - Förderung des Sports - und der Kapitel über die allgemeine Kulturförderung, in seinen Sitzungen am 8. September 1989, 4. Oktober 1989, 8. November 1989 und 29. November 1989 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze übersandte der Kultusminister die

Vorlage 10/2330	Sachhaushalt
Vorlage 10/2320	Stellenbegründungen.

Die im Rahmen der Beratungen aufgeworfenen Fragen beantwortete der Kultusminister mit den Vorlagen 10/2377, 10/2453 und 10/2495.

Der Innenminister nahm mit Vorlagen 10/2234, 10/2385 und 10/2496 zur Entwicklung der Haushaltsreste für die Schulaufförderung Stellung.

In der Sitzung am 29. November 1989 wurde über die nachfolgend dargestellten Anträge abgestimmt.

II. Anträge

MMV10 / 2411

A Haushaltsgesetz 1990

1. Die Fraktion der CDU beantragte,

§ 7 a Abs. 4 Satz 1 wie folgt zu ändern:

"Im Geschäftsbereich des Kultusministers sind im Umfang der freiwerdenden Planstellen und Stellen bis zu 3 000 unbefristete Einstellungen von Lehrern mit voller Pflichtstundenzahl in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen und nach einem mit Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung festgelegten Verteilungsschlüssels vorzunehmen."

Begründung

Zur Begründung wurde unter anderem ausgeführt, daß

- wöchentlich 300 000 Unterrichtsstunden ausfielen,
- im Ländervergleich über 12 000 Lehrer zusätzlich eingestellt werden müßten,
- seit 1980 ca. 15 000 Lehrerstellen abgebaut worden seien,
- die Geburtenzahlen wieder anstiegen,
- immer mehr Aus- und Übersiedler zuzögen,
- die Zahl der Pensionierungen 1990 etwa 3 000 Stellen betragen würde.

Abstimmung

Abgelehnt mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU und F.D.P.-Fraktion.

2. Die SPD-Fraktion beantragte, in

§ 7 a folgenden neuen Absatz 4 einzufügen:

"(4) Der Kultusminister wird ermächtigt,

- a) Planstellen, die in den Kapiteln 05 330 und 05 340 als künftig wegfallend bezeichnet sind, zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf in der Sekundarstufe I für ausländische Schüler und Spätaussiedler in der Relation Schüler je Lehrerstelle 60 : 1 in Anspruch zu nehmen, und zwar bis 409 Stellen in Kapitel 05 330 und bis zu 294 Stellen in Kapitel 05 340;
- b) Planstellen, die in den Kapiteln 05 330, 05 340, 05 410 und 05 440 als künftig wegfallend bezeichnet sind, im Umfang von bis zu weiteren 60 Stellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Aushilfskräften ausschließlich für den Unterrichtseinsatz im Fach Religion in Anspruch zu nehmen; maßgebend hierfür ist das Einstellungsdatum."

Die Absätze 4 bis 6 werden Absätze 5 bis 7.

Begründung

Zu a)

Wegen des starken Anstiegs der Aus- und Übersiedler soll der bereits bei der Grundschule, der Hauptschule, der Gesamtschule, der Sonderschule und der Teilzeitberufsschule bestehende Zuschlag auch auf die Realschule und das Gymnasium übertragen werden.

Zu b)

Die SPD-Fraktion will mit dieser Bestimmung mittelfristig teilzeitbeschäftigte Religionslehrer in Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse überführen.

Abstimmung

Angenommen, Absatz 4 a) einstimmig, Absatz 4 b) mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktion.

3. Die SPD-Fraktion beantragte, in

§ 7 a Absatz 4 (neu Absatz 5) den sechsten Spiegelstrich wie folgt zu ergänzen:

"- bis zu 250 in Kapitel 05 380 (Öffentliche Gesamtschulen), davon bis zu 20 für Sozialpädagogen,"

Begründung

Wegen der Neugründungen von Gesamtschulen müssen auch mehr Sozialpädagogen eingestellt werden.

Abstimmung

Angenommen mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion und Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, **MMV 10 / 2411**

§ 10 Abs. 1 wie folgt zu ändern:

"(1) Der Durchschnittsbetrag für die Personalkosten der hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeitern nach § 20 Abs. 1 des Ersten Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982 (GV.NW. S. 276) wird auf 55 000 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen für eine durchgeführte Unterrichtsstunde nach § 20 Abs. 5 Satz 1 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 37,50 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisung für einen durchgeführten Teilnehmertag nach § 20 Abs. 6 Satz 2 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 30,00 DM und der Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen bzw. Zuschüsse zu den Teilnehmerkosten nach § 26 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 3,00 DM festgesetzt."

Begründung

Mit der Erhöhung der Zuschüsse für eine Unterrichtsstunde von bisher 35,00 DM auf 37,50 DM und die Zahlung einer Pauschale von 3,00 DM pro Teilnehmertag will die SPD-Fraktion die Weiterbildungsträger entlasten.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

MMV 10 / 2411

B Einzelplan 05 (Personalhaushalt)

1 Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 300

Schulen gemeinsam

Titel 425 10

Bezüge der Angestellten

den Ansatz von 32 055 000 DM

um 4 500 000 DM

auf 36 555 000 DM

zu erhöhen.

In den Erläuterungen sind 150 weitere Stellen für die unbefristete Beschäftigung von Lehrern, die ausschließlich für Vertretungsunterricht in Fällen von Erziehungsurlaub einzusetzen sind, auszuweisen.

Begründung

Mit der Ausweisung von nunmehr insgesamt 750 Stellen für Vertretungsunterricht soll der Verlängerung des Erziehungsurlaubs von 12 auf 15 Monate entsprochen werden.

Abstimmung

Angenommen mit den Stimmen der SPD- und F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

MMV 10 / 2411

2. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

<u>Kapitel 05 330</u>	Öffentliche Realschulen
<u>Kapitel 05 340</u>	Öffentliche Gymnasien
<u>Kapitel 05 440</u>	Öffentliche Kollegschulen
<u>Titel 422 10</u>	Bezüge der Beamten

den Haushaltsvermerk bei Besoldungsgruppe A 13 wie folgt zu ergänzen:

"Durch Ausscheiden von Aushilfskräften freigemachte Stellen sind nur zur Beschäftigung bisher teilzeitbeschäftigter Aushilfskräfte mit voller Pflichtstundenzahl zu verwenden."

<u>Kapitel 05 410</u>	Öffentliche berufsbildende Schulen
<u>Titel 422 10</u>	Bezüge der Beamten

den Haushaltsvermerk bei Besoldungsgruppe A 13 wie folgt zu ergänzen:

"Bei den für die Beschäftigung von Aushilfskräften mit begrenzter Dauer in Anspruch genommenen 330 Stellen für berufsfachlichen Unterricht sind bei Ausscheiden von Aushilfskräften Wiederbesetzungen zulässig; bei den für die Beschäftigung von Aushilfskräften in Anspruch genommenen 100 Stellen ausschließlich für das Fach Religion sind die bei Ausscheiden frei gemachten Stellen nur zur Beschäftigung bisher teilzeitbeschäftigter Aushilfskräfte mit voller Pflichtstundenzahl zu verwenden."

MMV10/2411

Begründung

Neue Teilzeitverträge für Religionslehrer sollen nicht mehr abgeschlossen werden, ersparte Stellenanteile sollen zur Aufstockung verwendet werden.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion.

3. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

<u>Kapitel 05 380</u>	Öffentliche Gesamtschule
<u>Titel 422 10</u>	Bezüge der Beamten
<u>Titel 425 10</u>	Bezüge der Angestellte

20 Planstellen A 12 - Lehrer - abzusetzen und 20 Angestelltenstellen mehr für Sozialpädagogen auszuweisen.

Begründung

Wegen der Neugründung von Gesamtschulen müssen auch mehr Sozialpädagogenstellen ausgewiesen werden (vgl. Antrag A 3).

Abstimmung

Angenommen mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktion.

C Einzelplan 05 (Sachhaushalt)

MMV 10 / 2411

1. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 010

Kultusministerium

Titel 512 20

Herstellung und Versandkosten
für die Bekanntgabe von Vor-
schriften, Richtlinien und
Empfehlungen im Schulbereich

den Ansatz von

530 000 DM

um

150 000 DM

auf

680 000 DM

zu erhöhen.

In den Erläuterungen ist dieser Betrag für die Ent-
wicklung und Verbreitung praktischer Unterrichts-
empfehlungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsex-
tremismus im Unterricht auszuweisen.

Begründung

Es sollen praktische Unterrichtsempfehlungen zum
Rechtsextremismus entwickelt und verbreitet werden.
Schulbücher und sonstige Lernmittel behandeln das
Thema Rechtsextremismus nicht hinreichend. Angesichts
der jüngsten Entwicklung der rechtsextremistischen
Parteien ist verstärkte Aufklärungsarbeit mit didak-
tisch besonders aufbereiteten Materialien dringend er-
forderlich.

Abstimmung

Angenommen mit den Stimmen der SPD- und F.D.P-Fraktion
gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer
Enthaltung.

MMV10/2411

2. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

<u>Kapitel 05 300</u>	Schulen gemeinsam
<u>Titel 527 10</u>	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

den Ansatz von	8 500 000 DM
um	<u>250 000 DM</u>
auf	8 750 000 DM

zu erhöhen.

Begründung

Mit dem Mehransatz soll dem erhöhten Bedarf an Reisekosten für Lehrer, die an Klassenfahrten teilnehmen, Rechnung getragen werden.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

3. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

<u>Kapitel 05 300</u>	Schulen gemeinsam
<u>Titelgruppe 80</u>	Durchführung von Schul- und Modellversuchen
<u>Titel 425 80</u>	Bezüge der Angestellten

den Ansatz von	9 850 000 DM
um	<u>150 000 DM</u>
auf	10 000 000 DM

zu erhöhen.

In den Erläuterungen ist der Ansatz zu
Nr. 6 "Chancengleichheit für Jungen und Mädchen"
um 50 000 DM und
Nr. 7 "Öffnung von Schule"
um 100 000 DM
zu erhöhen.

Begründung

Mit der Erhöhung der beiden Positionen soll dem Mehrbedarf Rechnung getragen werden.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig zu Nr. 6 "Chancengleichheit für Jungen und Mädchen", zu Nr. 7 "Öffnung von Schule" mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktion.

4. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 300

Schulen gemeinsam

Titel 681 20

Kosten für die Beförderung
von Schülern

den Ansatz von

1 950 000 DM

um

200 000 DM

auf

2 150 000 DM

zu erhöhen.

MMV10/2411

In den Erläuterungen ist zu Nr. 3 a die Anzahl der Familienheimfahrten für Sonderschüler von 11 auf 20 zu erhöhen und der Mehrbetrag entsprechend auszuweisen.

Begründung

Die Zahl der Familienheimfahrten von mehrfach behinderten Kindern, die in Heimsonderschulen außerhalb Nordrhein-Westfalens untergebracht sind, soll von 11 auf 20 erhöht werden und die Belastung dieser Familien verringert werden.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

5. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

a) Kapitel 05 710
Titel 653 20

Weiterbildung
Zuweisungen für Einrichtungen
der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden

den Ansatz von	81 361 000 DM
um	<u>3 412 000 DM</u>
auf	84 773 000 DM

zu erhöhen und

die Erläuterungen entsprechend § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz zu ändern.

MMV10 / 2411

b) Kapitel 05 710
Titel 684 10

Weiterbildung
Zuschüsse für Einrichtungen
der Weiterbildung in anderer
Trägerschaft

den Ansatz von	55 920 000 DM
um	<u>2 726 000 DM</u>
auf	58 646 000 DM

zu erhöhen und

die Erläuterungen entsprechend § 10 Abs. 1 Haushalts-
gesetz zu ändern

Begründung

Mit der Ansatzänderung wird der Änderung des § 10 Abs. 1
Haushaltsgesetz Rechnung getragen.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

6. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 710
Titel 685 20

Weiterbildung
Zuschüsse an Landesorganisa-
tionen der Weiterbildung

in den Erläuterungen anstelle der Wörter "andere Lan-
desorganisationen der Weiterbildung" die Bezeichnung
einzuführen "Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere
Weiterbildung".

MMV 10 / 2411

Begründung

Die neue Bezeichnung gibt den Empfänger der Zuschüsse nunmehr korrekt an.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

7. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 710

Weiterbildung

Titel 685 50

Förderung der Arbeitnehmer-
weiterbildung

die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen:

"Die Mittel sind insbesondere für Projekte der Information, Beratung, Curriculumentwicklung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Frauen, Aussiedler, Umsiedler und Ältere zu verwenden."

Begründung

Mit der Erweiterung der Zweckbestimmung soll eine Projektförderung ermöglicht werden.

Abstimmung

Angenommen mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktion.

8. Die SPD-Fraktion beantragte, bei

Kapitel 05 120

Studienseminare für die Aus-
bildung der Lehrer und Lan-
desinstitut für Landwirt-
schaftspädagogik

Titel 527 10

Reisekostenvergütungen für
Dienstreisen

den Ansatz von

5 300 000 DM

um

550 000 DM

auf

4 750 000 DM

zu kürzen.

Begründung

Der Ansatz wurde in den vergangenen Jahren nicht aus-
geschöpft. Die Mittel sollen zur Deckung der Anträge
C 1, 2, 3 verwendet werden.

Abstimmung

Angenommen, einstimmig.

9. Die CDU-Fraktion beantragte, bei

<u>Kapitel 05 300</u>	Schulen gemeinsam
<u>Kapitel 05 310</u>	Öffentliche Grundschulen
<u>Kapitel 05 380</u>	Öffentliche Gesamtschulen
<u>Kapitel 05 450</u>	Staatliche Schulen

die Stellen und Sachkosten für die Laborschule Bielefeld und die anteiligen Beträge in Höhe von insgesamt 4 000 000 DM abzusetzen

und empfahl, im Einzelplan 07

<u>Kapitel 07 080</u>	Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titel 671 00</u>	Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände

den Ansatz von	11 000 000 DM
um	<u>4 000 000 DM</u>
auf	15 000 000 DM

zu erhöhen.

Begründung

MMV 10 / 2411

Die Laborschule in Bielefeld soll aufgelöst werden und die ersparten Mittel für die Erhöhung des Landeszuschusses für die medizinisch-therapeutische Betreuung an den Schulen für Körperbehinderte verwendet werden.

Abstimmung

Abgelehnt mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Die F.D.P.-Fraktion stellte keine Anträge und begründete dies damit, daß sie die Struktur des von der Landesregierung vorgelegten Haushaltes grundsätzlich ablehne.

III. Gesamtabstimmung

Abschließend stimmte der Ausschuß für Schule und Weiterbildung dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 und dem Einzelplan 05 - Kultusministerium - in der Fassung der vorstehend beschlossenen Änderungsanträge sowie dem § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz 1990 (Schulbaumittel) unverändert mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zu.

Frey
Vorsitzender